

SCHLEI-POST



Herausgeber V. i. S. d. P. SPD-Ortsverein Rieseby
Roger Indinger
Dingstock 2
24354 Rieseby
0 43 55/ 999 721

Auflage 1.300 Stück
Erscheint seit Februar 1978
Internet www.spd-rieseby.de

RIESEBY

SPD

Eine warme Wohnung – kann ich das noch bezahlen? (Teil 2 von 2)

In diesem Artikel möchten wir Ihnen eine Lösung zur bezahlbaren Wärmeversorgung Ihrer Wohnung oder Ihres Hauses vorstellen. Diese Lösung soll auch zukünftig, entkoppelt von Öl-, Gas- oder Strompreissteigerungen, einen günstigen Wärmepreis garantieren.

Zur Erinnerung:

- Der Bund greift massiv in Ihre Wärmeerzeugung ein.
- Ab 01.01.2024 müssen 65 % erneuerbare Energien zur Wärmeerzeugung (Heizung und Warmwasser) eingesetzt werden.
- Wer seine abgängige Heizung durch eine neue ersetzen möchte, ist hiervon betroffen.
- Öl- und Gasheizungen sind so gut wie nicht mehr möglich.
- Aktuell werden rund 75 % der Gebäude mit Erdgas bzw. Öl beheizt.
- Die Wärmepumpe wird als „Allheilmittel“ für jedes Gebäude beworben.
- 87,5 % aller Gebäude wurden vor 1994 errichtet und sind für die Wärmepumpe nicht geeignet, sofern keine umfangreiche Wärmedämmung durchgeführt wurde.
- Bis 2035 soll der komplette Stromsektor CO₂-neutral sein (Netzentwicklungsplanentwurf 2023).

Wie schaffen wir es aber nun eine klimaschonende (möglichst klimaneutrale) Wärmeerzeugung für unsere Wohnungen und Häuser umzusetzen?

Wir von der SPD sehen in der Errichtung eines Wärmenetzes auf Basis von 100 % erneuerbaren Energien in Rieseby die einzig sinnvolle und für jede/n bezahlbare Lösung der Beheizung unserer Gebäude.

Irgendwann lässt sich auch die beste Heizungsanlage nicht mehr reparieren und muss erneuert werden. Bei manch einem früher, bei anderen etwas später. In beiden Fällen steht jedoch fest, eine preisgünstige Gas- oder Ölheizung (so wie wir es aus der Vergangenheit kennen) darf nicht mehr eingebaut werden. Es soll ja bekanntlich die Wärmepumpe werden. Die Hersteller und die Werbung versprechen uns hier wahre Wunderdinge. Der Anschaffungspreis für eine Wärmepumpe liegt aktuell bei rd. 20.000 € und mehr. Wenn dann noch Heizkörper getauscht oder gar eine Fußbodenheizung eingebaut werden soll, wird es nochmals teurer.

Neben den Anschaffungskosten ist natürlich auch ein Blick auf die Betriebskosten zu werfen. Die Wärmepumpe wird ja mit Strom betrieben. Je nach eingesetzter Wärmepumpentechnik (Luft/Luft-, Erdwärme-, Grundwasserwärmepumpe) ist der Energiegewinn bzw. die Effizienz auch unterschiedlich. Die Jahresarbeitszahl (JAZ) steht für die Effizienz, mit der die Wärmepumpe betrieben wird. Sie gibt das Verhältnis zwischen zugeführter Energie (Strom) und der tatsächlich erzeugten Heizungswärme über die Dauer eines Jahres wieder.

Zur Technik der Wärmepumpe kommt auch die Effizienz des gesamten Gebäudes (wie gut ist dieses gedämmt) und die individuelle Nutzung (Lüftungsverhalten, etc.) durch die Bewohner*innen hinzu. Bei einer durchschnittlichen Betrachtung liegen die JAZ'en in der Regel zwischen 3,0 und 5,0. Das heißt, aus 1 kWh Strom, die ich aus dem Netz beziehe und meiner Wärmepumpe zuführe, erzeugt diese dann 3 oder sogar 5 kWh Wärme. Das Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme (ISE) hat in einer Studie Wärmepumpen in Bestandsgebäuden genau untersucht (7/2020). In Gebäuden mit Luft/Luft Wärmepumpen wurde eine JAZ zwischen 2,5 und 4,6 erreicht. **Die durchschnittliche JAZ lag bei den Bestandsgebäuden insgesamt bei 3,1.** Gebäude in denen eine Erdwärmepumpen eingebaut war, schnitten deutlich effizienter ab. Neben einer guten JAZ ist auch der Strompreis wesentlich verantwortlich für die späteren Betriebskosten der Wärmepumpe. Aktuell liegt dieser bei rd. 38 ct/kWh.

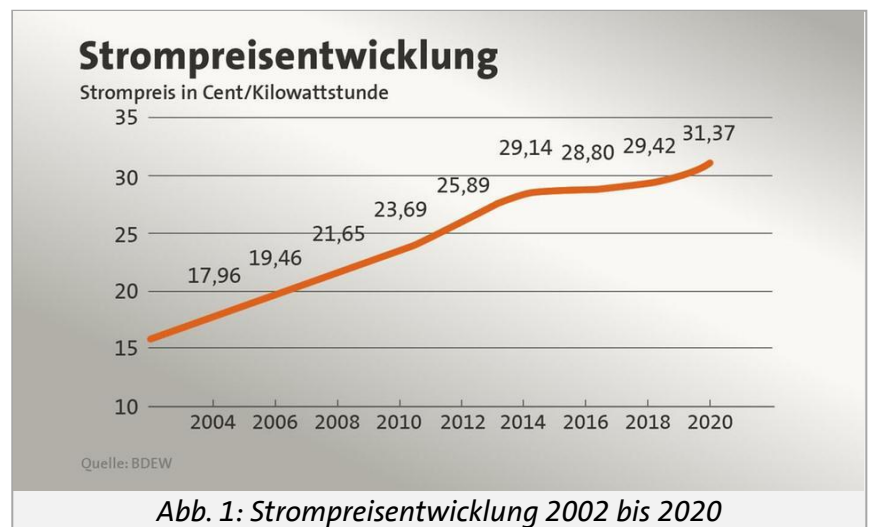


Abb. 1: Strompreisentwicklung 2002 bis 2020

Sicher haben wir im Moment eine Sondersituation was die Preise anbelangt. Ob wir das Niveau des Jahres 2021 oder 2022 mit rd. 33 ct/kWh wieder erreichen werden, mag keiner mit Bestimmtheit sagen. Schauen wir uns mal die Preisentwicklung der letzten 20 Jahre an (siehe Abb. 1). Vielleicht fällt der Ausblick dann leichter ...

Ein Beispiel zur Verdeutlichung der Frage – Wie wirkt sich die JAZ und der Strompreis im Verhältnis zu einer Gasheizung aus?

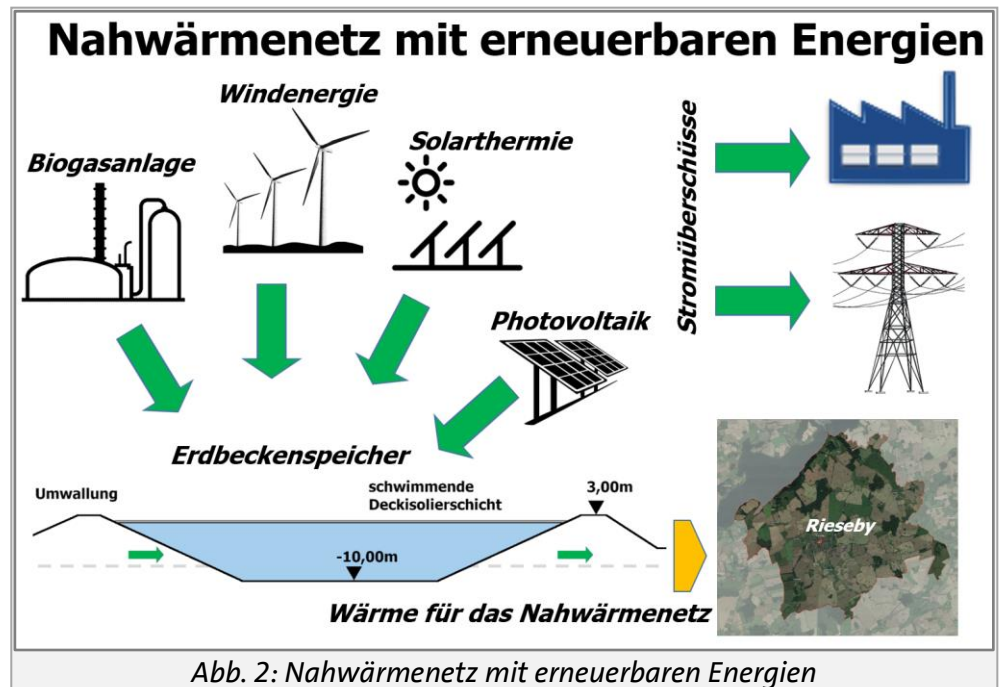
Hierbei wird ein Gebäude unterstellt, welches Anfang der 1990 Jahre errichtet wurde, und einen jährlichen Verbrauch für Heizung und Warmwasser von rd. 18.000 kWh Erdgas (od. 1800 cbm) aufweist. Im Jahr 2021 kostete die kWh Erdgas rd. 6,5 ct. Dies entsprach dann Energiekosten in Höhe von 1.170 € im Jahr. Nun betrachten wir dieses Gebäude mit einer Luft/Luft Wärmepumpe und legen die durchschnittliche Jahresarbeitszahl aus der Studie des Fraunhofer Institutes mit 3,1 zu Grunde. Bei Strompreisen in 2021 von rd. 31,4 ct. pro kWh würden wir auf Energiekosten in Höhe von 1.823 € kommen.

**Preisfrage:
Wärmepumpe
oder Gasheizung?**

An dieser Stelle mag jede/r für sich entscheiden: Ist die Wärmepumpe immer noch die „Wunderheizung“?

Das es auch anders geht, möchten wir Ihnen mit dem nachfolgenden Beispiel zeigen:

Ohne Zweifel, es ist richtig, sich mit Alternativen zu der fossilen Beheizung durch Öl und Erdgas zu beschäftigen. Die geopolitischen Veränderungen der letzten 1 ½ Jahre haben uns gezeigt wie abhängig wir von diesen Rohstoffen sind. Ob die neuen Bezugsquellen hier mehr Sicherheit bieten, wird die Zukunft zeigen. 30 % unseres Energieverbrauchs geht derzeit zu Lasten der Wärmeversorgung unserer Gebäude. Dafür sind diese Rohstoffe zu wertvoll. Wir müssen uns nach Alternativen umsehen. Strom ist eine hiervon. Was vor 5 bis 10 Jahren noch undenkbar war – mit Strom zu heizen – soll nun zur Normalität werden. Ob es intelligent ist, mit diesem Strom Wärmepumpen in schlecht gedämmten Wohnungen bzw. Gebäuden zu betreiben, ist eine andere Frage.



Wirtschaftlicher und effizienter ist es, in jedem Fall eine zentrale Wärmeerzeugung auf Basis erneuerbarer Energien sicherzustellen und die Wärme dann in die Gebäude zu bringen. Dies geschieht über sogenannte Nah- oder Fernwärmernetze. Eine eigene Heizungsanlage, z. B. eine Wärmepumpe für 20.000 € oder mehr, ist dann auch nicht mehr erforderlich. Diese Investition muss ich als Eigentümer*in nicht mehr tätigen.

Eine solche Wärmeerzeugung sollte möglichst in der Nähe der Verbraucher/innen und klimaneutral geschehen. Neue Abhängigkeiten von nur einer Energieerzeugungsart sollten vermieden werden.

Durch die Nutzung verschiedener Erneuerbarer-Energien-Erzeugungsanlagen kann die notwendige Diversifizierung und ein günstiger Preis-Mix sichergestellt werden. Als Erzeugungsanlagen dienen Windräder, Photovoltaikanlagen, Biogasanlagen und Solarthermieranlagen. Sie produzieren Strom und Wärme.

Wer gegen die Nutzung von Wind und Sonne ist, sollte dann bitteschön auch Alternativen benennen.

Das durch die Solarthermieranlagen erzeugte warme Wasser wird in einem großen Speicher, einem sogenannten saisonalen Erdbeckenspeicher, gelagert. Mit dem durch die Windkraft- und Photovoltaikanlagen erzeugten Strom kann ein Elektrodenheizkessel betrieben werden, der warmes Wasser erzeugt und dieses ebenfalls dem Speicher zuführt. Die in ein solches System eingebundene Biogasanlage kann in erster Linie Biogas erzeugen. Dieses kommt

dann zum Einsatz, wenn Sonne und Wind nicht zur Verfügung stehen und die Wassertemperatur im Speicher abzusinken droht. Das Biogas wird dann dazu genutzt, Strom zu erzeugen und mit diesem Strom wiederum den Elektrodenheizkessel zu betreiben. Über ein verzweigtes Rohleitungssystem (das Nahwärmernetz) gelangt das warme Wasser vom Erdbeckenspeicher zu jedem Gebäude in Rieseby.

Übrigens: Wenn das Wasser im Speicher auf Betriebstemperatur ist, kann ohne weitere Energiezufuhr (z. B. durch Wind oder Sonne) die Wärmeversorgung noch für 18 Tage aufrechterhalten werden.

Eine kleine Übergabestation in meiner Wohnung oder meinem Haus regelt dann die Versorgung des bestehenden wassergeführten Heizungssystems bspw. die Fußbodenheizung oder die Heizkörper.

Alle Komponenten eines solchen Systems sind flexibel und aufeinander abgestimmt, so dass der Energiebedarf an Strom und Wärme zuverlässig und preiswert gedeckt werden kann. Wind und Sonne schicken bekanntlich keine Rechnung.

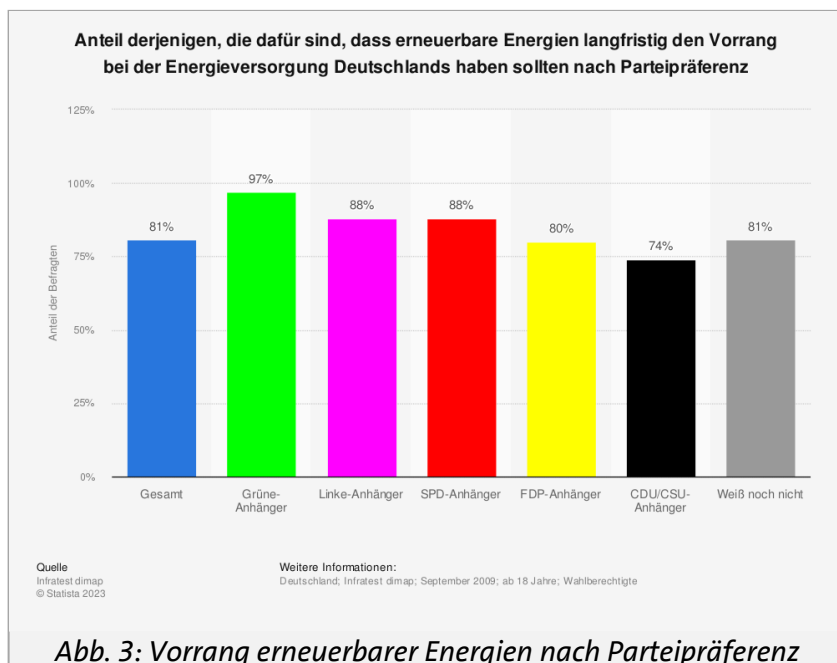
Die wichtigsten Vorteile eines Nahwärmenetzes auf Basis von 100 % erneuerbaren Energien sind:

- Die Wärme wird über ein Leitungsnetz an die Übergabestation im Haus geführt. Das spart Platz.
- Im Gebäude selbst wird keine Investition in eine neue Heizungsanlage erforderlich; Keine regelmäßigen Wartungs- und evtl. Reparaturkosten der eigenen Heizungsanlage und nur geringe Wartungsarbeiten für den Endverbraucher.
- Keine Preisaufschläge durch die CO₂-Besteuerung.
- Kein Zwang sich der Nahwärmeversorgung anzuschließen.
- Hohe Förderung für Planung und Umsetzung solcher Systeme sind derzeit vorhanden.
- Ermöglicht eine klimaneutrale Wärmeversorgung.

Der gesamte Planungsprozess und die Errichtung der Energieerzeugungsanlagen sowie die notwendige Infrastruktur (Nahwärmenetz) werden mit bis zu 50 % gefördert. Diese und weitere Faktoren wie z. B. die Vermarktung von Stromüberschüssen an der Strombörse tragen maßgeblich zur Kostenreduktion und Stabilität der Wärmepreise bei. Ein Nahwärmenetz nach dem oben beschriebenen System ließe sich auch für die Gemeinde Rieseby umsetzen. Vorbilder gibt es hierzu in zahlreichen Gemeinden Dänemarks. Dort hat man bereits vor 10 Jahren damit begonnen solche Systeme aufzubauen.

Bleibt noch die Frage der Kosten:

Auf Basis aktueller Baukosten und der einzubeziehenden Förderung könnte der Preis für eine Kilowattstunde Wärme bei 10 bis 12 ct. liegen. Das wäre unterhalb der aktuellen Gaspreisbremse. Üblich ist es auch, dass bei solchen Wärmenetzen innerhalb der ersten 10 Jahre die Preise für den Wärmebezug nicht erhöht werden. Nicht zu vernachlässigen sind natürlich die eingesparten Kosten für die Heizungserneuerung. Diese 20.000 € oder mehr lassen sich dann in eine verbesserte Wärmedämmung des Gebäudes investieren und führen langfristig zur Senkung des Energieverbrauchs.



Warum tun wir uns in Rieseby mit den regenerativen Energien eigentlich so schwer?

Wir als SPD sind nicht gegen die erneuerbaren Energien.

Vielmehr sehen wir in ihnen eine Chance die Klimakrise zu stoppen, Abhängigkeiten von Großunternehmen zu reduzieren und die Wertschöpfung vor Ort zu stärken.



Thomas Puphal

Geben Sie ihre Stimme der SPD.

Wir haben in dieser Frage die Experten in unseren Reihen und bringen Sie und Rieseby klimaneutral und bezahlbar in die Zukunft.

Erstwählerbrief

Mit der letzten Schlei-Post haben wir einen Brief an die Erstwähler verteilt, den wir hier für alle sichtbar abdrucken – Fragen haben nicht nur Erstwähler.

... Du darfst wählen!

Am **14. Mai 2023** ist es soweit! Du darfst zum ersten Mal an einer Kommunalwahl teilnehmen.

Nutze die Möglichkeit, mit wenigen Kreuzen den politischen Weg der Gemeinde und damit Deiner unmittelbaren Umgebung mitzugestalten!



Fragen über Fragen ...

Wie läuft das ab? Wer steht zur Wahl? Wofür stehen die Kandidaten? Bist Du unschlüssig? Nutze den QR-Code!

Was bedeutet eigentlich Kommunalwahl?

Das sind eigentlich **zwei Wahlen**: eine für die **Gemeindevertretung** hier und eine für den **Kreistag** in Rendsburg.

Du wählst jeweils die Personen, die Deiner Meinung nach das Beste für die Gemeinde Rieseby machen. Verschiedene Parteien haben dazu ihre Kandidaten benannt, die diese Aufgabe übernehmen wollen. Wir sind eine Gruppe von altbewährten Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern sowie neuen Kandidatinnen und Kandidaten. Erfahrung auf der einen und neue Ideen auf der anderen Seite. Zusammen möchten wir Rieseby und Umgebung weiter voranbringen und fit für die Zukunft machen.

Bringt das was, wenn ich wählen gehe?

Klar. **Deine Stimme zählt** genauso viel wie die Deiner Eltern, Großeltern, Klassenkameraden, Lehrer, Chefs.

Soweit gekomm'n und so viel geseh'n
So viel passiert, dass wir nicht versteh'n
Es wird nicht leicht, aber ihr schafft das schon
Denn ihr seid nicht alleine
Hinter euch stehen 80 Million'n

[Max Giesinger, „80 Millionen“]

Wir sind keine 80 Millionen, aber Du gehörst zu mehr als 2.000 Wahlberechtigten in der Gemeinde Rieseby.

Gehe wählen!
Bringe Dich ein!

Noch Fragen?

Schreibe uns einfach eine kurze Nachricht oder sprich jemanden von uns persönlich an!



Wofür wir stehen

Einige Inhalte konnten Sie dieser und den bisherigen Ausgaben der Schlei-Post bereits entnehmen, hier finden Sie eine Auflistung unserer wichtigsten Themen und Positionen:

Soziales und Kultur

Kinderbetreuung

Garantierter Kindergartenplatz (auch in Zukunft)

Die Kinderbetreuung ist bereits gut in der Gemeinde platziert. Es muss jedoch sichergestellt werden, dass jedes Kind auch weiterhin einen garantierten Platz im Kindergarten erhält.

Offene Ganztagsschule

Für die schulpflichtigen Kinder muss die Gemeinde ein Angebot generieren, dass über die Schulzeiten hinaus geht und für berufstätige Eltern eine Sicherheit für die Betreuung ihrer Kinder darstellt. Diese Sicherheit kann mit einer Übernahme der Offenen Ganztagsschule (OGS) durch die Gemeinde sichergestellt werden.

Ganztagsbetreuung ab 6 Jahren

Neben der OGS haben Eltern die Möglichkeit, ihre Kinder über die festen Unterrichtszeiten hinaus betreuen zu lassen.

Personalkoordination durch die Gemeinde, um Betreuung zu sichern

Um Ausfallzeiten im Krankheits- oder Urlaubsfall zu vermeiden, sollte eine übergreifende Verwaltung des Personals in gemeindeeigenen Bildungseinrichtungen durch die Gemeinde vorgehalten werden. Prüfung einer gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit.

Ausbildung

Ausbau der Zusammenarbeit mit dem Berufsbildungszentrum Rendsburg-Eckernförde für die Ausbildung sozialpädagogischer Assistentinnen und Assistenten sowie Erzieherinnen und Erzieher. Ziele sind die qualitative Verbesserung der Kinderbetreuung auch in unseren Einrichtungen und die Minimierung von Ausfallzeiten. Die Zusicherung eines anschließenden Arbeitsplatzes wirkt dem drohenden Fachkräftemangel entgegen.

Jugendtreff/Jugendbeirat

Wir brauchen einen dauerhaft verlässlich betreuten Jugendtreff, dessen Bestand langfristig gesichert werden muss. Unterstützend dazu braucht es die erneute Initiierung eines Jugendbeirates, um die Wünsche der Jugendlichen gegenüber der Gemeindevertretung zu vertreten.

Senioren/Seniorenbeirat

Es gibt viele Seniorinnen und Senioren, die das Geschehen in der Gemeinde aufmerksam verfolgen. Auch sie haben Wünsche und Anregungen, welche Gehör finden müssen. Hierzu bedarf es eines Seniorenbeirats.

Gemeindezentrum

Für den Erhalt eines aktiven Ortskerns und einer Stätte der Begegnung mit unterschiedlichen Interessen und Funktionen wird die SPD für die Errichtung eines Gemeindezentrums einstehen. Dieses könnte vieles beherbergen: Bürgerbüro des Amtes Schlei-Ostsee, soziale Beratungsangebote, Jugendtreff, Polizei, Vereine und Verbände und mehr. Damit wäre es ein wichtiger Ort der Kommunikation.

Wohnen und Leben

Vielfältiger Wohnungsbau

Rieseby braucht Wohnungen für Alleinstehende, Familien, deren Kinder bereits ausgezogen sind und für die das eigene Haus zu groß geworden ist, ältere Mitbürgerinnen und -bürger und junge Paare. Wohnraum, der diesen Ansprüchen gerecht wird, ist für unsere Gemeinde dringend notwendig, damit Rieseby weiterhin ein Zuhause für alle bleibt.

Altengerechter Wohnungsbau

Mit dem Bau des „altengerechten Wohnens“ in der Schäferkoppel bot die Gemeinde den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Möglichkeit auch im Alter in ihrem Heimatort leben zu können. Die Anmeldezahlen zeigen, dass dieses Konzept aufgegangen ist und dringend erweitert werden muss.

Pflegekonzept und „Pflegefachfrau/-mann“

Die älteren Riesebyer sollen die Chance durch ein entsprechendes Pflegekonzept oder mit der Unterstützung einer Pflegefachfrau/-mann erhalten, um in ihren eigenen Vier-Wänden bleiben zu können.

Zukunftsgerecht wohnen - Vorkaufsrecht der Gemeinde

Wohnprojekte, wie z. B. Mehrgenerationenhäuser, Bauherrengemeinschaften oder Tiny Häuser müssen bei der Planung von Neubaugebieten mit bedacht werden. Um neue, größere Wohngebiete attraktiv und lebendig zu gestalten, bedarf es unbedingt eines Quartiersmanagements.

Klima, Verkehr und Umwelt

Klima

Die gemeindlichen Anstrengungen einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende zu leisten, müssen verstärkt werden. Neben der Vorbildfunktion im Bereich effizienter Gebäude und direkten Umweltauswirkungen durch die Gemeinde, sind insbesondere Angebote an die Bürgerinnen und Bürger für eine möglichst dezentrale und klimaneutrale Energieversorgung zu erarbeiten. Dies kann z. B. durch die dezentrale Erzeugung von regenerativem Strom oder Wärme im Amtsgebiet und einer sich anschließenden kostengünstigen Vermarktung geschehen. Sonne und Wind schicken keine Rechnung. Wir unterstützen Initiativen zum Energiesparen und zur Energiegewinnung. Gerade bei der Wärmeversorgung wollen wir die Bürgerinnen und Bürger nicht alleine lassen und sehen es als gemeindliche Aufgabe an, in eine CO₂-neutrale Wärmeversorgung zu investieren (z. B. Nahwärmenetz). Wir von der SPD wollen gemeinsam mit Planern und Investoren ein Wärmenetz auf Basis von 100 % erneuerbaren Energien für Rieseby in den nächsten 5 Jahren umsetzen.

Verkehr

Rieseby ist eine der wenigen Gemeinden die an das Netz des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs (ÖPNV) sehr gut angebunden sind. Individuelle dörfliche Ziele in Schwansen sind dagegen so gut wie nicht erreichbar. Hier wollen wir uns für den Aufbau eines „Ruftaxi-Systems“ (z. B. Bürgerbus, Pendlerbank, Carsharing, On-Demand-System) einsetzen. Das Deutschland-Ticket mit einem Monatspreis von 49 € ist ein erster guter Einstieg in einen kostengünstigen ÖPNV.

Umwelt

Mit der Ausweisung eines neuen Ökokontos im Bereich der an die Schäferkoppel angrenzenden Ländereien können neue wertvolle Biotopflächen entstehen. Die Bürgermeisterin hat hierfür den Grundstein in der letzten Gemeindevertretung gelegt. Projekte wie die Öffnung des verrohrten Bereichs der Petribek und ihre Renaturierung aber auch die Schaffung von mehr insektenfreundlichen Flächen sind Herzensprojekte der SPD.



Was uns bewegt hat und wir bewegt haben

In der Gemeindevertretung (GV) werden viele kleine Dinge besprochen und entschieden, die von den allermeisten unbemerkt bleiben. Dann gibt es auch noch die wirklich gewichtigen Dinge, die spürbare Auswirkungen haben, die groß und umfangreich sind und uns intensiv und lange bewegen. Lassen Sie mich hier einige der kleineren und der großen, bedeutsamen Vorgänge der letzten Legislaturperiode (in Jahren: 2018–2023) vorstellen:

Schleikindergarten

2019	Notwendigkeit zur Eröffnung einer altersgemischten Gruppe
Juli 2020	Erarbeitung Übergangskonzept
Dezember 2020	Beschluss zur Einrichtung der „Containergruppe“
Februar 2021	Standortentscheidung Bürgerpark
Dezember 2021	Baugenehmigung erfolgt, Kostenschätzung: ca. 3 Mio. Euro
Juni 2022	Kostensteigerung (Pandemie, Ukraine-krieg) auf ca. 4 Mio. Euro
Oktober 2022	Spatenstich für den Neubau
April 2023	Richtfest

Rieseby wächst beständig. Mit dem Zuzug von Familien mit Kindern wachsen die Ansprüche an eine quantitative aber auch qualitative Kinderbetreuung.

Mit dem Neubau des Kindergartens erfährt die Gemeinde Rieseby eine **dauerhafte und nachhaltige Aufwertung in der Kinderbetreuung**, an der wir uns viele Jahre erfreuen werden.

In der aktuellen Bauphase finden viele Baubesprechungen statt und man kann fast jeden Tag neue Baufortschritte entdecken.

Sanierung Sporthalle

August 2019	Kostenschätzung: 2,8 Mio. Euro, basierend auf Unterlagen von 2014
November 2019	Steigerung Kostenschätzung: 3,195 Mio. Euro, Stellung des Förderantrags
Februar 2020	Förderung des Landes von 1 Mio. Euro
Juni 2020	Finale Festlegung des Sanierungsumfangs
Mai 2021	Start der Sanierung
...	Verzögerungen durch Pandemie, Probleme im Suezkanal und Ukrainekrieg
Dezember 2022	Fertigstellung
Januar 2023	Übergabe der sanierten Sporthalle an die Nutzer

Eine **moderne Sporthalle** ist für eine Gemeinde wie Rieseby unabdingbar und auch ein **Ort der Begegnung** für die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Rieseby und Umgebung.

Aufgrund mehrerer Krisen verschob sich die Fertigstellung immer wieder. In den **wöchentlich stattgefundenen Baubesprechungen** wurde konstruktiv von allen mitgearbeitet. Zum Finale durfte auch ein **Handwerkerrichtfest** nicht fehlen.

Ertüchtigung Klärwerk

April 2019	Projektstudie zur Ertüchtigung
August 2019	Beratung: Fremdanschluss oder Ertüchtigung?
November 2019	Öffentliche Information über eine Einwohnerversammlung
Juni 2020	Beschluss zur Ertüchtigung und Erweiterung der Anlage, Kostenpunkt 3,3 Mio. Euro
Mai 2021	Baubeginn der neuen Anlage
Herbst 2021	Richtfest
Verlauf 2023	Erwartete Fertigstellung

Die Erweiterung und Vorhaltung einer eigenen Kläranlage ist Grundvoraussetzung für weiteres Wachstum. Ein Fremdanschluss bei einer anderen Gemeinde wäre keine Alternative gewesen.

Die Kosten müssen von allen angeschlossenen Haushalten über den Abwasserhaushalt finanziert werden.

Der Neubau erfolgt unter **Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs**.

Gebiet „ehem. EDEKA-Markt“		Das Gebiet ist nicht Eigentum der Gemeinde, daher arbeiten wir mit einem Vorhabenträger (Planungsbüro/Investor) zusammen.
Mai 2021	Aufstellungsbeschluss	In der Dorfstraße ist eine große Zahnarztpraxis geplant, der zukünftig praktizierende Zahnarzt hat sich und sein Konzept dem Bau-Ausschuss vorgestellt. Am Greensweg entsteht ein Reihenhaus .
August 2021	Bisheriger Vorhabenträger verkauft Grundstück	
September 2021	Gespräche mit neuem Vorhabenträger	
Dezember 2021	Zustimmung der GV zum Wechsel	
seit 2022	Abstimmungsgespräche zwischen Gemeinde und Vorhabenträger	
	Lückenbebauung erfolgt: 1 Gebäude am Greensweg, 1 an der Dorfstraße	

Kanalisation Garten-/Ringstraße		Gebührenanhebungen sind hier genauso unerfreulich wie unvermeidbar .
Oktober 2022	Dringender Sanierungsbedarf erkannt, Kontrolle muss im Tiefbau erfolgen	Bei allen Maßnahmen liegt das Augenmerk auf der wirtschaftlichen Umsetzung , ein Aufschub würde in deutlich höheren Kosten nur zu einem späteren Zeitpunkt resultieren. Die Kosten werden größtenteils aus den gesonderten Haushalten (Schmutzwasser und Regenwasser) finanziert.
Februar 2023	Ortstermin mit hauptbetroffenen Anliegern	
März 2023	Angebot liegt vor: 900.000 EUR, mit Auswirkungen auf die Gebühren: Schmutzwasser: Erhöhung um ca. 20–30 ct/m³ (bisher 3,49 €/m³) und Regenwasser: Erhöhung um ca. 5–10 ct/m³ (bisher 0,69 €/m³)	
April 2023	Beschluss zur Umsetzung der Arbeiten, Ausschreibung erfolgt nach Konstituierung der neuen GV	

Bäckergang (B-Plan Nr. 22)		Ein Bebauungsplan („B-Plan“) regelt seitens der Gemeinde die mögliche Bebauung und spätere Nutzung der Grundstücke.
Mai 2017	Aufstellungsbeschluss der Gemeinde zum B-Plan	Ziele der Gemeinde waren u. a.: Beeinträchtigungen für Anwohner zu minimieren , ausreichend Stellplätze und eine gute Lösung für die Müllentsorgung . Es entstehen drei Mehrfamilienhäuser mit Tiefgaragen, drei Bungalows und eine zentrale Müllentsorgungsstation.
September 2019	Wechsel des Vorhabenträgers, es folgte eine Reihe von Erörterungsgesprächen	
Juli 2020	Vorstellung Bebauungskonzept	
Mai 2021	Benennung als „Bäckergang“	
Herbst 2021	Baubeginn	

Neubaugebiet südl. Heidegarten		Die Umsetzung des Gesamtkonzeptes für den Geltungsbereich wird in vier Teilabschnitten erfolgen, aktuell betreffen alle Entscheidungen den 1. Bauabschnitt .
in 2021	Eingang eines Antrags auf Ausweisung eines Wohngebiets mit Vermarktung durch Vorhabenträger	Aktuell erfolgen weitere Abstimmungsgespräche mit dem Vorhabenträger. Die Zuwegung zum 1. Bauabschnitt erfolgt ausschließlich über den Sönderbyer Weg bzw. von Sönderby kommend. Der Übergang zum Heidegarten wird geschlossen gehalten.
Dezember 2021	Änderung Flächennutzungsplan und Aufstellung des B-Plans Nr. 26: „südlich der Straße Heidegarten“	
April 2023	Erörterung der Stellungnahmen zur Änderung des Flächennutzungsplans und Beschluss der öffentlichen Auslegung	

Freiflächenanlagen für Photovoltaik (PV)

Am **15.12.2021** fasste die Gemeindevertretung den **Grundsatzbeschluss**, sich mit dem Thema weiter zu beschäftigen. Es wurde zudem eine **Weißflächenkartierung** beauftragt, die **mögliche Flächen nach Auswahl durch die Gemeinde** für die PV-Anlagen ausweist. Zu diesem Thema wurde eine gemeindeübergreifende **Einwohnerversammlung** (Gammelby, Loose, Rieseby) in Barkelsby veranstaltet.

Am **15.09.2022** verhindert die **WGR** einen Beschluss der Gemeindevertretung **Flächen für die PV-Freiflächenanlagen** auszuweisen. Es wird aber mit einer knappen Mehrheit der **Beschluss gefasst, die Gründung eines gemeindlichen Unternehmens zu prüfen**, das eine **Teilhabe an den Einnahmen** aus Erneuerbaren Energien ermöglicht. Unter Hinzuziehung eines Wirtschafts- und Steuerberaters und eines Fachanwaltes soll dieses Ansinnen konkretisiert werden. Im Anschluss soll eine kommunalaufsichtliche Anzeige getätigt werden, um eine Zustimmung der Aufsicht zu erhalten.



Kommunen sind wichtige Säulen der Energiewende. Zugleich steigt der Handlungsdruck im kommunalen Umfeld aufgrund politischer und gesellschaftlicher Zielsetzungen für mehr Klimaschutz. Wie kann neben der Vielzahl der Themen und lokalen Aufgaben (auch noch) die Energiewende vor Ort erfolgen? Wie kann die Gemeinde an Energieprojekten partizipieren, sie aktiv mitgestalten und im Sinne der Gemeinde lenken? Während in Schleswig-Holstein die Planung für neue Windenergieanlagen an Land durch die Landes- beziehungsweise Regionalplanung erfolgt, liegt der Ausbau der Solarenergie-Freiflächenanlagen im Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Den Gemeinden kommt damit im Zuge der kommunalen Planungshoheit eine zentrale Rolle bei der Realisierbarkeit solcher Projekte zu.

**Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag – SHGT,
„Die Gemeinde SH 11/2021“**

Der **Gründung eines gemeindlichen Erneuerbaren-Energien-Unternehmens** wurde in der Gemeindevertretersitzung **gegen die Stimmen der WGR am 15.12.2022 zugestimmt**. Zwei Tage zuvor hat die **WGR im Finanzausschuss noch den Beschluss mitempfahlen**.

Mittlerweile wurde die **Gesellschaft gegründet**: 18 amtsangehörige Gemeinden und das Amt Schlei-Ostsee sind Gesellschafter des Unternehmens.

Alte Post – Verkauf von Grund und Gebäude

Wie es begann

Den Anfang nahm es mit einem Antrag der Fraktionen WGR und CDU in der **Gemeindevertretersitzung am 15.08.2019** zum Verkauf von Gebäude und Grund der alten Post. Ziel war eine unmittelbare Umsetzung über einen Verkauf mittels Online-Portalen. Der Preis sollte ermittelt werden und die Übergabe des Gebäudes sollte zum 31.08.2020 abgeschlossen sein. Den in der Alten Post ansässigen Vereinen, Verbänden und dem Archiv sollten „Alternativen“ angeboten werden, unter anderem eine auf 5 Jahre befristete Fördergeldzusage. Der Beschluss sei umgehend umzusetzen.



Die „Alte Post“

Es gab eine **namentliche Abstimmung**. Mit 11:9 Stimmen wurde die Angelegenheit **angenommen** – **alle anderen Fraktionen inklusive der SPD hatten mit „Nein“ gestimmt**, verfügten aber „nur“ über 9 Stimmen.

Im **Oktober 2019** wurde ein Bürgerbegehren mit dem Ziel initiiert, den Beschluss der Gemeindevertretung vom 15.08.2019 aufzuheben. In der darauffolgenden **Gemeindevertretersitzung am 04.12.2019** war das

Bürgerbegehren ein zentrales Thema. Das Gremium entschied sich, zumindest keinen Widerspruch gegen den Bürgerentscheid einzureichen. Ein **Kompromiss** wäre es gewesen, die zusammen mit dem Bürgerbegehren verlangten Maßnahmen (Beauftragung einer **Machbarkeitsstudie** zur Fragestellung der **adäquaten und wirtschaftlichsten Unterbringung der Vereine und Verbände** und Beauftragung einer **Arbeitsgruppe** mit der Begleitung) zu beschließen. **Dieser Antrag wurde jedoch rundweg abgelehnt.**

Im nächsten Schritt musste zum Bürgerentscheid eine **Stellungnahme der Gemeinde** verfasst werden. Hier wurde die von der WGR und CDU verfasste **sehr einseitige Stellungnahme mit Mehrheit der beiden Fraktionen beschlossen**. In dieser Stellungnahme wurde darauf hingewiesen, dass das Gebäude für Wohnung und einem Postbetrieb mit Schalterraum, Lager und Luftschutzbunker geplant wurde. **Sanierung** und Entkernung des Gebäudes mit anschließender Neugestaltung des Innenlebens, wären **teurer als ein Abriss** des Gebäudes mit anschließendem Neubau. Der Verkaufserlös könnte in Schule und Räumlichkeiten für Vereine und Verbände (ggf. An- oder Neubau) investiert werden. Bezüglich der Räumungsfrist, wurde ein „Kompromiss“ unterbreitet, der seinen Namen nicht verdiente: Räumung und Verkauf des Gebäudes sollten lediglich später als zuerst beschlossen erfolgen: bis Februar 2022. Dieses wurde wiederum von den Vertretern des Bürgerbegehrens abgelehnt, da es in der Sache keine Änderung darstellt. Abschließend wurde der **Termin für die Durchführung des Bürgerbegehrens auf den 16.02.2020** festgelegt. Zumindest gab es Einigkeit, dass bei einem **Ergebnis des Bürgerentscheides im Sinne des Antragstellers**, eine **Machbarkeitsstudie** zu erstellen sei.

Der Bürgerentscheid

Der **Ausgang des Bürgerbegehrens** am 16.02.2020 ist hinreichend bekannt, mit 76,4% waren **mehr als ¾ der Abstimmenden für einen Verbleib der Alten Post** und eine weitere Nutzung durch die Vereine und Verbände.

Es ist noch nicht zu Ende

Viele kleine Schritte folgten dem Bürgerentscheid:

- Mit Bauaufsicht und Beauftragten für Brandschutz des Kreises Rendsburg-Eckernförde wurden Gespräche geführt
- Eine Nutzungsänderungsgenehmigung (Baugenehmigung) zur Umnutzung der Alten Post wurde erteilt
- Ein Brandschutzkonzept wurde erstellt und
- die erforderlichen Maßnahmen wurden durchgeführt.

In der **Gemeindevertretersitzung vom 26.05.2020** wurde die Erstellung der Machbarkeitsstudie beschlossen. Vorbedingung und Grundlage für Zuschüsse zu einer solchen Studie ist ein **aktuelles Ortskernentwicklungskonzept (OKE)**, das Potentiale aufzeigt und Empfehlungen zu bestehenden und zukünftigen Bedarfen in den Bereichen Soziales, Wohnen, Dorfgemeinschaft und Nahversorgung beinhaltet. Die Fortschreibung des im Jahre 2014 erstellten OKE's wurde einstimmig beschlossen. Das mit der Erstellung beauftragte Büro stellte in der Gemeindevertretersitzung am 21.06.2022 das neue OKE vor.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertreter am 04.04.2023 stellte sich wiederum das beauftragte Büro vor, welches die Machbarkeitsstudie erarbeiten wird. Wir erwarten mit Spannung die weiteren Ergebnisse.

Wir als SPD Rieseby setzen uns weiterhin dafür ein, dass die Vereine und Verbände auch in Zukunft einen Platz in unserer Mitte haben.



Doris Rothe-Pöhls

Vergessen, worauf unser Wohlstand basiert?

Seit dem zweiten Weltkrieg haben wir die „soziale Marktwirtschaft“. Diese führte zu einem Wohlstand, um den uns die meisten Länder dieser Erde beneiden. **Aber was bewirkt der Begriff „Sozial“?**

In der **Marktwirtschaft** regeln Angebot und Nachfrage, welche Produkte und Leistungen in welchen Mengen zu welchen Preisen angeboten werden. Unternehmen verfolgen genau ein Ziel, die Gewinnmaximierung. Alle weiteren Ziele sind diesem untergeordnet. Der Staat greift nicht ein.

In der **sozialen Marktwirtschaft** greift der Staat immer dann ein, wenn auf einem Markt der **Preis** für ein Produkt so **niedrig** ist, dass **kein Unternehmen dieses anbieten möchte**, aber das Produkt von der Bevölkerung benötigt wird. Solch ein Produkt ist z. B. die **Gesundheitsversorgung**. Hier kann nur mit ausgewählter medizinischer Versorgung ein Profit erzielt werden, nicht jedoch für die Grundversorgung oder z. B. die Geburtshilfe. Übertragen auf die medizinische Versorgung im Kreis Rensburg-Eckernförde und hier auf die **Privatisierung der Imlandklinik** und die zu erwartenden Konsequenzen, muss man kein Prophet sein. Die Kosten für den Standorterhalt in Eckernförde machen einen gewinnbringenden Betrieb mit einer umfassenden Grundversorgung unmöglich. Es ist also nur eine Frage der Zeit, wann Rendsburg das einzige Krankenhaus im flächenmäßig größten Kreis des Landes beherbergt.

Es wäre die **Aufgabe der öffentlichen Hand**, für eine flächendeckende **medizinische Versorgung** der Bevölkerung zu sorgen. Hierbei darf und muss der Kreis auf seine Finanzen achten. Dabei müssen aber **alle Ausgaben des Kreises** auf den **Prüfstand** kommen. Verständlicherweise stehen die Ansprüche, die über eine **gute Lobby** verfügen, **über dem Bedarf der breiten Öffentlichkeit**. Somit stellt eine schwarze Null gegenüber einer erreichbaren Grundversorgung der Bevölkerung keinen Erfolg, sondern ein Ausverkauf dar.

Aus einer **schlechten Gesundheitsversorgung** entstehen **Sekundärprobleme**, wie fehlender bezahlbarer Wohnraum in den Städten. Die erreichbare **medizinische Versorgung ist ein Kriterium** für die Wohnortsuche und verschärft damit die Wohnraumsituation in Städten. Wer Sicherheit für seine Familie oder für sich selbst im Alter sucht, wird sich auch nicht mit Prämien aufs Land locken lassen.

Die **Privatisierung von Schwimmhallen** führte mangels möglicher Gewinne zu **Schließungen** oder **Spaßbädern**, was **Schwimmenlernen unmöglich** macht. Die Wartelisten der Schwimmvereine sind lang und der Schwimmunterrichts-Ausfall der Schulen umfangreich. Die Reaktion mit Fördergeldern geht ins Leere, zum Schwimmen braucht man Wasser. **Fördergelder für Schwimmkurse ersetzen keine Schwimmhalle.**

In der **Energieversorgung** haben wir es bereits vor Augen geführt bekommen: Im Krisenfall stehen wir plötzlich ohne Energieversorgung da, bzw. vor **kaum mehr zu stemmenden Kosten**. Diese Versorgung muss daher in öffentlicher Hand liegen und zukunftssicher gestaltet werden. Jeder möchte Strom aus der Steckdose, aber weder ein Atommülllager noch ein Kohlekraftwerk vor seiner Haustür. Daher brauchen wir erneuerbare Energien, **in der Verantwortung einer öffentlichen Gesellschaft unter sozialen Gesichtspunkten.**

Wir brauchen

- die soziale Komponente in unserer Marktwirtschaft,
- die begrenzte Einmischung des Staates, ob als Kommune, Kreis, Land oder Bund und
- die Befriedigung der Grundbedürfnisse aller, die die Lebensgrundlage bilden.

Erst dann kann ein gemeinsames Zusammenleben, Integration und Ausbau von Wohlstand gelingen und Spaltungen in der Bevölkerung entgegengewirkt werden.



Torge Indinger

Jens Kolls: Unser Kandidat für den Kreistag



Unser Kandidat für den Kreistag:
Jens Kolls

Seit 2003 bin ich Mitglied im Kreistag Rendsburg-Eckernförde. In der Zeit war ich im Wirtschafts- und Verkehrsausschuss, bin jetzt 2. Stellvertretender Landrat, Vorsitzender des Regionalentwicklungsausschusses und Mitglied im Hauptausschuss.

Zur Kommunalwahl am 14. Mai kandidiere ich erneut im Wahlkreis 25, bestehend aus den Gemeinden Rieseby, Brodersby, Damp, Dörphof, Holzdorf, Karby, Loose, Thumbby, Waabs und Winnemark. Meine politische Arbeit im und für den Kreis Rendsburg-Eckernförde möchte ich sehr gerne fortsetzen. Die **Themenvielfalt auf Kreisebene ist vielschichtig** und es gibt viele Themen, an denen ich weiterhin mitwirken möchte.

In den letzten Monaten hat uns im Kreistag die Situation um die **Imland-Klinken** am meisten beschäftigt. Ohne den bisherigen Werdegang in Gänze wiederholen zu wollen, der wurde ausführlich in der Presse dargestellt, möchte ich an dieser Stelle einige Fakten herausheben:

Die **SPD-Fraktion im Kreistag** hat sich durchgehend für die Umsetzung des Bürgerentscheides **zugunsten der Erhaltung des Klinikstandortes Eckernförde** eingesetzt. Bis zum letztmöglichen Zeitpunkt haben wir hierbei versucht, die Krankenhäuser in kommunaler Hand zu behalten, zusammen mit dem Städtischen Krankenhaus Kiel.

Dies ist bekanntermaßen mit den Stimmen der CDU, FDP, SSW **und Teilen der Wählergemeinschaften(!) abgelehnt** worden. Die Werbung der WGR zur Kommunalwahl in Rieseby, die „Bürgerentscheide zu respektieren“ wirkt da wie Hohn, wenn man die Krankenschwester auf dem Plakat vor Augen hat, die für das Foto mit den Händen ein Herz formt ...

Im Ergebnis sind die Kliniken aus der Insolvenz in Eigenverwaltung an einen privaten Investor (Schön Kliniken) veräußert worden. Wie sich diese Privatisierung auswirken wird, müssen wir beobachten. **Negativbeispiele gibt es leider in ausreichender Menge.** Jetzt müssen wir sehen, was noch möglich ist. Auch der **private Investor** ist letztendlich **von der finanziellen Förderung** des Landes Schleswig-Holstein und der vorgegebenen Bettenanzahl im Krankenhausbedarfsplan **abhängig**.

Losgelöst von der Frage der Kliniken ist der Kreis allgemein für die **Gesundheitsvorsorge** zuständig und so ist auch die **Hausärztliche Versorgung** ein weiteres Thema. In Schwansen selbst sind wir noch gut aufgestellt, speziell in Rieseby sogar hervorragend mit gleich zwei Praxen. Für den ländlichen Raum insgesamt müssen wir Überlegungen anstellen, ob wir **Medizinische Versorgungszentren (MVZ)** einrichten sollten, um die Versorgung flächendeckend zu gewährleisten.

Mit der Frage der Erreichbarkeit und deren Sicherstellung kommen wir zur **Mobilität im ländlichen Raum**, eine weitere Verantwortung des Kreises. Vor zwei Jahren hat der Kreis dazu den ÖPNV und die Schülerbeförderung neu geregelt. Es gibt **Linien, die werden kaum genutzt**, darunter auch eine Linie hier in

Schwansen. Daher gibt es Überlegungen, den ÖPNV auf einen **On-Demand-Verkehr umzustellen**, ein Mobilitätsangebot auf Bestellung. In der Region Rendsburg (REMO) ist das bereits umgesetzt.

Eine weitere Alternative ist das **Car-Sharing mit E-Autos** an Mobilitätsstationen. Rieseby mit seinem Bahnhof wäre hierzu prädestiniert. Die Schleiregion wird hierfür zur Modellregion (Smile24), gefördert durch den Bund und das Land. Die Ergebnisse aus der Schleiregion werden dann auf den Kreis übertragen.

Mobilität und Gesundheitsvorsorge sind nur zwei Beispiele, die unser aller Leben und dessen Qualität konkret betreffen. Daneben gibt noch **viele andere wichtige Themen** so z. B. Schulsozialarbeit, Kindergarten, Sozialstationen, Wohnraumentwicklung, Naturparke, Wirtschaftsförderung, Kiel-Region, etc.

Ich kandidiere wieder, um bei all diesen Themen nicht nur einen Blick auf den gesamten Kreis zu haben. Wichtig ist für mich, zu schauen, was ich **konkret für die Region Schwansen erreichen** kann.



Jens Kolls

**Darum bitte ich am 14. Mai um Ihre Stimme
für die Wahl zum Kreistag Rendsburg-Eckernförde.**

Eine Bitte ...

Wir sind u. a. von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern angesprochen worden, dass sie beispielsweise Schwierigkeiten haben die Straßen zu überqueren, oftmals in den ausgewiesenen 30-Zonen. Leider gibt es hier immer wieder Autofahrer, die mit überhöhter Geschwindigkeit fahren. In der Presse wird regelmäßig darauf hingewiesen, bitte mehr Rücksicht zu nehmen. Dieses betrifft nicht nur die Älteren, sondern auch die Kinder. Das möchten wir gerne aufgreifen.



Als in Rieseby aufgewachsenes Kind (ich weiß, es war eine andere Zeit, aber auch damals war sie schon schnelllebig^{er} als zu Zeiten meiner Eltern 😊), haben wir damals noch auf der Straße spielen können. Das funktionierte sogar, obwohl Raiffeisen, eine Tischlerei und ein Baugeschäft dort ansässig waren. Es gab auch zu der Zeit ein erhöhtes Verkehrsaufkommen dort, aber alle haben Rücksicht genommen. Wir als Kinder haben uns kurz zugerufen: „Achtung, Auto!“, haben unser Spiel unterbrochen und sind von der Straße gegangen. Die Auto-, Trecker- oder LKW-Fahrer sind auch ohne bestehende Geschwindigkeitsbegrenzung langsam und umsichtig gefahren.

Heute können unsere Kinder nicht mehr einfach so auf der Straße spielen (es sei denn, es ist eine sog. „Spielstraße“). Ja, die Zeiten haben sich geändert, es sind wesentlich mehr Autos auf den Straßen unterwegs als früher. Wir haben viele Kinder, die hier in unserer Gemeinde groß werden und auch draußen spielen wollen und sollen. Es muss nicht auf der Straße sein, aber sie sollten ohne Probleme die Straßen überqueren können, um ihre Freunde oder Freundinnen besuchen zu können. Ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger, die nicht mehr so schnell zu Fuß oder mit einem Rollator unterwegs sind, sollten die Möglichkeit haben, in ihrem eigenen Tempo auf die andere Straßenseite zu gelangen, ohne sich bedrängt fühlen zu müssen.

Auch wir waren einmal jung und Fahranfänger. Wir hatten irgendwann unser erstes Auto und genossen die Freiheit und die Geschwindigkeit. Wir werden alle älter, bekommen vielleicht eigene Kinder, um die wir uns Sorgen machen, wenn sie durch das Dorf laufen. Wir selber kommen in ein Alter, ab dem wir nicht mehr so schnell können, wie wir gerne wollen.

Deshalb unser Appell an alle Autofahrer:



Hilke Indinger

**Nehmt bitte Rücksicht auf unsere Kinder, Enkelkinder, Eltern und Großeltern. Fahrt nicht schneller als ihr dürft. 😊
Ihr kommt schon rechtzeitig an Euer Ziel. Vielen Dank!**

Das wars?

Zumindest markiert diese Schlei-Post in gewisser Weise ein Ende des Wahlkampfes und liefert Gelegenheit, einen Teil der Geschehnisse Revue passieren zu lassen.

Plakate, so viele Plakate ...

Das waren neue Dimensionen: die Masse soll es anscheinend richten. Wir haben es bei der „gewohnten“ Menge belassen, wie schon bei den vorherigen Kommunalwahlen. Da wir insgeheim damit gerechnet hatten, stellten wir uns die sportliche Aufgabe, direkt mit dem Startschuss loszulegen, also Sonntag, den 2. April um 00:00 Uhr. Dass zu diesem Zeitpunkt die Plakate einer konkurrierenden Gruppierung bereits komplett hingen und wir nicht eine der verantwortlichen Personen mehr antrafen, spricht Bände zum Thema Fairness. Glücklicherweise (für andere) führt in diesem „Wettbewerb“ ein Frühstart nicht zur Disqualifikation. 😊



Kein Facebook und so?

Dann blättern Sie einfach um, die Aktionen hätte man sich sparen können. Sie fanden aber statt und eine sachliche Antwort finden wir wichtig und richtig.

Baden gegangen?



Die Sperrung der Badestelle in Stubbe ist nicht in Ordnung, wenngleich nachvollziehbar. Das ließ einige Gemüter hochkochen und wurde entsprechend inszeniert. Uns erschließt sich nicht, was dieses aggressive Verhalten bringen sollte. Unsere Bürgermeisterin Doris Rothe-Pöhls setzt auch in solchen Situationen klar auf einen sachlichen Dialog, der in einer für beide Seiten dauerhaft tragbaren Lösung mündet, in der keiner *unfreiwillig* baden geht.

Diebstahl der Ortschilder



Das hätte man schlicht als Vandalismus abtun können, der selbstverständlich zu einer Anzeige führt. Aber auch hier wurde mit viel Mühe versucht, für Aufregung zu sorgen und die agierenden Personen, bei uns die Bürgermeisterin, in ein schlechtes Licht zu stellen. Fakt ist, dass die Diebstähle jeweils zügig zur Anzeige gebracht und neue Schilder bestellt wurden.

Wir hatten unseren Spaß

Wahlkampf ist anstrengend und erfordert viel Einsatz und Ausdauer. Den haben wir gezeigt. Das gemeinsame Arbeiten hat uns als Team zusammengeschweißt und viel Freude gebracht. Diesen Schwung wollen wir in die neue Legislaturperiode mitnehmen und die Zukunft der Gemeinde Rieseby gemeinsam gestalten.

Meinungen und Argumente ...

... haben wir Ihnen mit der Schlei-Post in den vergangenen Wochen und Monaten hoffentlich ausreichend liefern können. Ob diese überzeugend waren, können nur Sie selber beurteilen.

Wenn wir Ihnen unsere Inhalte, Schwerpunkte und Ziele verständlich machen konnten, geben Sie uns einen diskreten Wink mit ihrem Stimmzettel in der Wahlurne, indem Sie unsere Kandidaten wählen!

Die Gretchenfrage: Bürgermeisterin oder Bürgermeister?

Die Antwort sind wir Ihnen noch schuldig, denn die kann und wird erst in der ersten Gemeindevertretersitzung nach der Wahl beantwortet werden.



Hans-Peter Goos



Lena Zabel



Thomas Puphal

Wir sprechen uns hier klar für unsere Bürgermeisterin Doris Rothe-Pöhls aus. Um sie mit ausreichend Stimmen wählen zu können, sind wir auf Ihre Stimmen zur Gemeinderatswahl angewiesen.

Nur, wenn wir die erforderliche Mehrheit in der Gemeindevertretersitzung bekommen, können wir unser Versprechen umsetzen und für Sie eine Bürgermeisterin wählen, die Rieseby guttut.

Dafür brauchen wir Ihre drei Stimmen.

Für unsere Gemeinde Rieseby.

Und: Nein, das wars noch nicht!



Torge Indinger



Doris Rothe-Pöhls



Roger Indinger



Jens Kolls



Anke Mückenheim



Peter Märten



SPD

**Soziale
Politik für
Dich.**